

Während früher der Generalsekretär auf Parteitag die KPdSU als leuchtendes Vorbild hinzustellen pflegte, räumte Breschnew nun auch parteieigene Fehler ein. Er begrub die alte Parole „von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“.

Moskau will offenbar nicht mehr das allein seligmachende Vorbild darstellen, sondern auch offen zugeben, von anderen kommunistischen Staaten zu lernen, so zum Beispiel von Ungarn in Fragen der Landwirtschaftsorganisation bzw. von der DDR in Fragen der Energieeinsparung. Deutlicher als früher wurden auch unter Berufung auf Lenin verschiedene Methoden und Wege beim Aufbau des Sozialismus gutgeheißen. Breschnew betonte, niemand zwingt jemandem Schablonen und Klischees auf, die die Besonderheiten des jeweiligen Landes außer acht ließen. Sogar zur Kritik an Moskau wurde ermuntert, natürlich nur sofern sie „kameradschaftlich, konstruktiv“ bleibe. Auf dem XXVI. Parteitag wurden Chruschtschows einstige Visionen endgültig ohne Kommentar begraben. Das unter Chruschtschow 1961 verabschiedete Parteiprogramm, das für die achtziger Jahre den vollen Triumph des Kommunismus in der Sowjetunion anvisierte, ist Makulatur. In Breschnews Bericht wird der Begriff des Kommunismus als Zielerfüllung der Sowjetgesellschaft nur als ganz allgemeines Fernziel ohne jegliche inhaltliche oder terminliche Erläuterung genannt.

Das Ende der Breschnew-Ära noch nicht in Sicht

Ungeachtet solcher durchaus beachtenswerter Nuancen brachte der XXVI. Parteitag keine Überraschungen. Auffallend waren betontere Sachlichkeit, weniger Polemik, stärkerer Realismus, aber keine nennenswerten Reformvorschläge. Der 74jährige Leonid Breschnew war trotz seines Alters und seiner angegriffenen Gesundheit die dominierende Gestalt. Angesichts seiner in geheimer Wahl erfolgten einstimmigen Wiederwahl zum Generalsekretär und der Bestätigung aller anderen 14 Mitglieder und 8 Kandidaten des Politbüros sowie der 10 Sekretäre des Zentralkomitees ist *politisch* ein Ende seiner Ära noch nicht absehbar. Die offenkundige *Überalterung des Führungsgremiums* (Durchschnittsalter der Politbüro-Mitglieder 69, der Politbüro-Kandidaten 65) wurde weiter hingenommen. Eine Verjüngung bzw. die Einleitung einer

Nachfolgeregelung ist für die KPdSU jedenfalls nach außen auch jetzt noch kein Thema. Die Vergrößerung des Zentralkomitees von bisher 287 Vollmitgliedern und 139 Kandidaten auf jetzt 319 Vollmitglieder und 151 Kandidaten dürfte keine besondere Bedeutung haben. Aufgefallen ist nur, daß die wichtigsten Berater von Breschnew, unter anderem auch Professor *Arbatow*, ins ZK aufrückten.

Die *Erweiterung des Zentralkomitees*, die auch Breschnews Sohn, den ersten stellvertretenden Minister für Außenhandel, *Juri Leonidowitsch Breschnew*, als Kandidaten in dieses Gremium brachte, hat aber ebenfalls kaum zur Verjüngung der Führung geführt. Im bisherigen Zentralkomitee waren nur 20 Mitglieder zwischen 45 und 50 Jahren, 82 zwischen 50 und 60, 56 zwischen 70 und 80 und drei waren über 80 Jahre alt. Jüngstes ZK-Mitglied war die Kosmonautin *Valentina Tereschkowa* mit 44 Jahren. Da Politbüro-Mitglieder und ZK-Sekretäre in der Regel nur aus dem Zentralkomitee aufsteigen, sind die Verjüngungschancen der Parteiführung auch weiterhin begrenzt. Talentsuche für die höchsten Parteiorgane gibt es kaum. Zuverlässigkeit, Linientreue, Abneigung gegen unorthodoxe Gedanken werden mehr geschätzt als Einfallsreichtum. Parteikarriere bis an die Spitze ist im gegebenen System nur über eine Ochsentour möglich.

Die *unveränderte Bestätigung der Führung* der KPdSU soll für die nächste Zeit Kontinuität, Stabilität, Berechenbarkeit und relative Ausgewogenheit sowjetischer Politik gewährleisten. Breschnew und die gesamte sowjetische Führung wünschen offenbar, daß sich grundlegend möglichst nichts ändern möge, weil jeder Wandel gegenwärtig mit Risiken verbunden ist, vor denen man sich scheut. Gerade deswegen vermied der XXVI. Parteitag Höhenflüge und große Versprechungen. In seinem Schlußwort versicherte Breschnew: „Wir haben vor, alle unsere Kräfte auf zwei Zusammenhänge der Richtungen zu konzentrieren: die eine ist der kommunistische Aufbau, die andere die Festigung des Friedens.“

Es ist möglich, daß die KPdSU im Sinne des Vorschlags der Kommunistischen Parteien Israels und der Türkei sich in absehbarer Zeit für das Zustandekommen einer *neuen kommunistischen Weltkonferenz* engagiert. Die letzte Weltkonferenz kommunistischer Parteien fand 1969 statt. Die KPdSU dürfte aber im eigenen Interesse erst einmal gründlich prüfen, ob eine neue Konferenz, die ja die Einheit des Weltkommunismus darstellen müßte, möglich und zweckmäßig ist.

Herbert Prauß

Spanien: Die Bischöfe drückt die politische Last

Die jüngsten Ereignisse in Spanien haben gezeigt, daß die junge Demokratie trotz einer zunächst gezielten Phase des Übergangs auf schwachen Füßen steht. Die putschenden Militärs scheiterten an der – von ihnen offenbar unterschätzten – demokratischen Gesinnung des Königs und der von entscheidenden Männern aus den eigenen Reihen.

Ob der fehlgeschlagene Umsturzversuch einen heilsamen, stabilisierenden Effekt auf die spanische Politik ausübt oder die politischen Kräfte noch weiter auseinandertreibt, hängt letztlich nicht von der Verfassungstreue der Armee und dem taktischen Geschick der Regierung, sondern von der eigentlichen staatstragenden Kraft des demokrati-

schen Systems, dem Volkswillen, ab. Das geringe politische und staatsbürgerliche Bewußtsein, von der geistigen Elite Spaniens immer wieder als chronisches Übel beklagt, hat sich in den sechs Jahren seit dem Tod Francos kaum entwickelt; das heißt, die Distanz zwischen den politisch Verantwortlichen und der Masse des Volkes besteht auch im demokratisch verfaßten Staat weiter. So beeindruckend die Massenkundgebungen für die Demokratie nach dem gescheiterten Putsch waren, so untypisch sind sie wohl für den politischen Alltag in Spanien. Der zunehmende Trend zu passivem, privatistischem Verhalten wird auch von der katholischen Kirche mit Sorge registriert.

Veränderte Konstellationen

Der scheidende Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz, Kardinal *Viçente Enrique y Tarancón*, sprach es in seiner Abschiedsrede vor der Frühjahrs-Vollversammlung der Bischöfe aus: Das Schlagwort vom „desencanto“, der Ernüchterung und Enttäuschung, das seit Beginn der Dekade in keinem die spanische Gesellschaft analysierenden Beitrag fehlt, da es offenbar deren Zustand so treffend kennzeichnet. Tarancón glaubt, diese Ernüchterung bei den Staatsbürgern wie im Kirchenvolk feststellen zu können; Vertrauensschwund gegenüber der Institution Kirche und der „Verlust der Glaubensfreude“ seien die auffälligsten Merkmale dieser Fehlentwicklung im kirchlichen Leben Spaniens.

Die Amtskirche selbst ist mit der Ablösung Kardinal Tarancóns als Präsident der Bischofskonferenz und dem Amtsantritt des neuen Apostolischen Nuntius, in eine Phase der Entwicklung eingetreten, die ersten Anzeichen nach weniger von diesen personellen Veränderungen als von dem in die Kirche hineinwirkenden tiefen gesellschaftlichen Wandel geprägt sein dürfte. Die zum Zeitpunkt des Putsches in Madrid versammelten 74 spanischen Bischöfe wählten überraschend – der Umsturzversuch mag die Wahlatmosphäre beeinflusst haben – den als dialogfreudig und offen geltenden Erzbischof von Oviedo, *Gabino Díaz Merchán*, zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz. Monatelang hatten die Medien spekuliert, das Ende des „Taranconismo“ werde mit der Wahl eines der „Involución“ nahestehenden Nachfolgers besiegelt. Die beiden Begriffe, ebenso häufig gebraucht wie (von offizieller Seite) als unseriös verworfen, bezeichnen zwei aufeinanderfolgende Zeitabschnitte im kirchlichen Leben Spaniens. „Taranconismo“ meint einmal den Führungsstil des Kardinals (den konservative Stimmen zuweilen als autoritär kritisierten), vor allem aber den kirchenpolitischen Kurs der Bischofskonferenz in den letzten Jahren des Franco-Regimes und den ersten Jahren des demokratischen Spaniens. In seiner zehnjährigen Amtszeit als Präsident der Bischofskonferenz hatte Kardinal Tarancón maßgeblichen Anteil an der politischen Öffnung Spaniens. In der Endphase der Franco-Diktatur wurde die Kirche von dieser als oppositionelle Kraft gefürchtet und bekämpft. Unter der Formel „gegenseitige Unabhängigkeit

und Kooperation“ vollzog die spanische Kirche allmählich die Trennung vom Staat, ein historisches Verdienst des Kardinals, der den Verzicht auf die „Katholizität“ Spaniens und die damit verbundenen Privilegien auch in den eigenen Reihen nur schwer durchzusetzen vermochte.

Als kluger und im wesentlichen gleichgesinnter Partner erwies sich in der ganzen Amtszeit des Kardinals der zum Jahresende unter ungewöhnlichen Umständen abgelöste Apostolische Nuntius in Spanien, Erzbischof *Luigi Dadaglio*. Noch unter Franco setzte Dadaglio in zähen Verhandlungen die Ernennung konziliarer, aufgeschlossener Bischöfe durch und sorgte so für die Erneuerung des spanischen Episkopats. Er zögerte die vom Vatikan und dem damaligen spanischen Außenminister *Lopez Bravo* vorangetriebene Neufassung des Konkordats von 1953 hinaus und handelte mit der neuen demokratischen Regierung die im vergangenen Jahr geschlossenen Einzelverträge aus. Der Papst ernannte Erzbischof Dadaglio zum Sekretär der Sakramentenkongregation. Diese Versetzung kam einer Zurückstufung gleich, da die Kurie verdienten Nuntien die Leitung eines Dikasteriums zu übertragen pflegt, was die Verleihung der Kardinalswürde nach sich zieht. Hinzu kommt, daß sein Vorgänger in diesem Amt, Erzbischof *Antonio Innocenti*, zu seinem Nachfolger als Apostolischer Nuntius in Madrid ernannt wurde. Unter den spanischen Bischöfen herrscht überwiegend Unverständnis über diesen vatikanischen Ämtertausch. Kardinal Tarancón würdigte den scheidenden Nuntius dankbar als einen Amtsbruder, „der sich zuerst als Bischof und an zweiter Stelle als Diplomat verstand“. Der neue Nuntius, dessen zahlreiche werbende Äußerungen zum Amtsantritt einen anderen Stil erwarten lassen als den diskreten, unauffälligen seines Vorgängers, wurde in Madrid mit einiger Skepsis empfangen. Voreilige rechnen ihn der „Involución“ zu, was Rückentwicklung, Rückfall in vorkonziliares Denken meint. Das Schlagwort tauchte zu Beginn des Pontifikats Johannes Pauls II. auf und dient seitdem zur Artikulierung pauschaler antirömischer oder inner-spanischer antiklerikaler Affekte, aber auch zur Kennzeichnung eines richtig erkannten geistigen Wandels in der Kirchenführung. Die Neigung zum Bewahren von Bewährtem, die Angst, in sich überstürzenden Entwicklungen verlorenzugehen, ist als abendländische Weltstimmung auch in der spanischen Kirche deutlich spürbar.

Eine bemerkenswerte Abschiedsrede

In seiner Abschiedsrede vom 23. Februar zog Kardinal Tarancón eine kurze Bilanz seiner zehnjährigen Amtszeit und lieferte gleichzeitig eine bemerkenswerte Analyse des spanischen Katholizismus samt dessen gesellschaftlichem Umfeld. Zu den negativen Erscheinungen im spanischen Katholizismus zählt Tarancón an erster Stelle die „unüberwundene Identitätskrise von Priestern, Ordensleuten und auch Laien“. Es folgen mangelnder Priesternachwuchs, die Relativierung des Sündenverständnisses und der damit verbundene Rückgang der Beichtpraxis, die

Verbreitung „unausgereifter theologischer Aussagen“, die Abneigung der Gläubigen gegen die traditionellen pastoralen Einrichtungen und Strukturen, die Disziplinlosigkeit gegenüber liturgischen Vorschriften wie im Verhalten des Einzelnen, die geringe Achtung vor dem kirchlichen Lehramt und die Instrumentalisierung des päpstlichen Lehramts aus unterschiedlichen Motiven. Unter den positiven Entwicklungen nennt der Kardinal an erster Stelle „die immer zahlreicher werdenden Gruppen bewußt und verantwortlich lebender Christen, wachsendes kontemplatives Leben auch unter der Jugend; die Hinwendung der Kirche und ihrer Hierarchie zu den Schwachen, Unterdrückten, der sie früher als einer Verbündeten der weltlichen Macht mißtrauten“. Positiv beurteilt Tarancón insgesamt den Versuch der spanischen Kirche, zur nationalen Aussöhnung beizutragen, wenn es auch eine Zeit gegeben habe, in der die Bischofskonferenz „aus konjunkturellen Gründen die Rolle des Protagonisten vielleicht im Übermaß übernommen hat“ (Ecclesia, 28. 2. 81). Als zentrale und wichtigste pastorale Aufgabe der Zukunft nannte Kardinal Tarancón die „Vertiefung des Glaubens, der in einer pluralistischen und säkularisierten Gesellschaft präsent und aktiv sein muß. Da genügt der sogenannte Köhlerglauben oder ein im sozialen Umfeld geborgener Glauben nicht... Es hat den Anschein, als genierten und schämten sich viele Katholiken, ihre christlichen Überzeugungen in der Welt zu bekennen. Es scheint so, als sei unser Christentum ängstlich und traurig geworden, als hätte es der heutigen Welt nichts zu sagen“ (ebd.).

In der richtigen Erkenntnis, daß die Glaubensverkündigung und -vertiefung in den Jahren politischer und kirchenpolitischer „Hochkonjunktur“ zu kurz gekommen waren, begannen die Bischöfe sich in den vergangenen beiden Jahren mehr auf interne kirchliche Fragen zu konzentrieren; gleichzeitig reduzierten sie ihre politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten, was ihnen den Vorwurf vor allem des sozial engagierten Klerus eintrug, die Kirche ziehe sich (unter römischem Druck) in die Sakristei zurück.

Der „freudlose Katholizismus“, wie ihn Kardinal Tarancón in seiner Rede vor den Bischöfen beschreibt, ist sicher nicht nur auf das Versagen der Hierarchie zurückzuführen, das kirchliche Leben lebendig zu halten und den Glauben glaubwürdig und überzeugend zu vermitteln. Die Wurzeln der Freudlosigkeit sind eher im säkularen gesellschaftlichen Umfeld des spanischen Katholizismus zu suchen. Der nach langer unfreiwilliger Abstinenz wachgewordene Konsumhunger, das Streben nach kurzfristig erreichbarbarem Genuß und die besonders im Mittelstand sich ausbreitende Passivität erschweren solidarische Bürgeraktionen und lähmen die Bereitschaft, staatsbürgerliche Verantwortung zu tragen. Die im spanischen Volk ohnehin vorhandene und unter der Diktatur gestiegene Tendenz, zu den Verantwortlichen „oben“ Distanz zu halten, gleichwohl hohe Erwartungen an sie zu stellen, führe allmählich zu einem die Demokratie gefährdenden Auseinanderdriften von Staatsführung und Volk, ist von Beobachtern des politischen und sozialen Lebens zu hören.

Dem privatistischen Trend wirken in der Kirche die neuen christlichen Gruppen und Gemeinschaften entgegen, deren kirchliche und ideologische Ausrichtung allerdings so unterschiedlich ist, daß den Bischöfen zum gegenwärtigen Zeitpunkt offenbar noch der Überblick fehlt.

Der langjährige Leiter der Spanier-Seelsorge in der Bundesrepublik und jetzige Weihbischof von Oviedo, José Sanchez, meinte auf die Frage, wie sich in der Zeit des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs die Kirchlichkeit des katholischen Volkes entwickelt habe, Einbrüche habe es nicht gegeben, was die statistisch erfaßbaren Daten zum Gottesdienstbesuch etc. angehe. Der Spanier sei religiös, oft auch fromm, sehr kirchlich aber sei er wohl nie gewesen. Wichtig für das Verständnis der Entwicklungen in Gesellschaft und Kirche sei das Phänomen der Widersprüchlichkeit, das im Charakter des Einzelnen angesiedelt sei und in der jetzigen pluralistischen Gesellschaft zum soziologischen Phänomen werde. Für die Kirche zum Beispiel gelte es zu berücksichtigen, daß es zahlreiche Spanier gebe, die sich als Katholiken und zugleich als Marxisten bezeichneten. Unter den gläubigen Katholiken sei die ganze Bandbreite der existierenden ideologischen Strömungen vertreten. Weihbischof Sanchez sieht in diesem unbekümmerten Nebeneinander in Fragen der Weltanschauung, des Glaubens und der Kirche eine Gefahr für die Einheit der spanischen Kirche.

Die Belastungen der Ehescheidungsdebatte

Unter solchen Bedingungen ist die Bischofskonferenz quasi weiterhin gezwungen, dem Kirchenvolk in allen wesentlichen Fragen, seien sie innerkirchlicher oder gesellschaftspolitischer Natur die Richtung zu weisen. Gleichzeitig muß sie versuchen, die Distanz zwischen einer mit Verantwortung überladenen Kirchenspitze und den teils willig folgenden, teils Entscheidungen des Lehramts schlicht mißachtenden Gläubigen zu verringern. Die mit mehr Emotionen als Sachverstand geführte öffentliche Debatte um die *Einführung der Ehescheidung* (die in Spanien nur Anfang der dreißiger Jahre bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs gesetzlich möglich war) bewog die Bischöfe erneut, ihren gesamten politischen Einfluß geltend zu machen. Während sie sich zu Beginn der Diskussion um die Reform des Ehe- und Familienrechts nach einer grundsätzlichen Stellungnahme im Herbst 1979 (siehe HK, Mai 1980, 226 ff) zunächst zurückhielten, schalteten sie sich nach Bekanntwerden des zweiten Entwurfs wieder in die Diskussion ein, die zudem mit einer sich zuspitzenden Auseinandersetzung um die Ausführungsbestimmungen zu den Schulgesetzen einherging. Die explosionsartige Reaktion politischer Parteien und anderer gesellschaftlicher Gruppen auf die Erklärung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz vom 3. Februar 1981 legte einen bisher latenten neuen Antiklerikalismus bloß, der in seinen extremen Äußerungen der Kirche das Recht auf die Freiheit der öffentlichen Meinung verweigert. Die Sozialistische

Arbeiterpartei Spaniens PSOE nannte die bischöfliche Stellungnahme „inopportun, unangemessen und verunsichernd“. Der Erzbischof von Saragoza, *Elias Yanes*, konterte, diese Attribute träfen auch auf den vorliegenden Gesetzentwurf zu.

In ihrer Erklärung lehnen die Bischöfe erneut die Scheidung in gegenseitigem Einvernehmen ab, auf die der vorliegende Gesetzentwurf „mittels komplizierter rechtlicher Bestimmungen“ hinauslaufe. Sie widerspreche eindeutig der im Naturrecht verankerten Unauflöslichkeit der Ehe. Ein Gesetz in der jetzigen Fassung schädige die Institution Familie und das Gemeinwohl in schwerwiegender Weise. In Teilen widerspreche es zudem den zwischen dem Hl. Stuhl und der spanischen Regierung geschlossenen Verträgen. Die Bischöfe befürchten zu Recht die beträchtliche normensetzende Kraft eines solchen Scheidungsgesetzes, das eines der „liberalsten“ in Europa wäre. Der weite

Sprung vom absoluten Scheidungsverbot zu einer gesetzlichen Regelung, die etwa das Recht auf Scheidung ein Jahr nach der Beantragung durch einen der Partner zudem ohne die Notwendigkeit der räumlichen Trennung vorsieht, sollte in der Tat moralische Bedenken bei den Verantwortlichen wecken.

Das derzeitige, fast kirchenfeindlich zu nennende Klima in Spanien hat die Bischöfe nicht davon abhalten können, in einem „Aufruf zur Hoffnung“ die Schwächen der spanischen Gesellschaft erneut beim Namen zu nennen. In der Erklärung vom 28. Februar heißt es: „Wir wollen die Schattenseiten nicht überbetonen, denn wir glauben weiterhin an die sittlichen Werte und die geistigen Energien unseres Volkes. Wir wollen aber die moralische Aufrüttelung aller bewirken, damit wir aus dieser Talsohle herauskommen und uns als Personen und Bürger wiederfinden“ (Ecclesia, 7.3. 81).
Gabriele Burchhardt

Interview

Wie von Gott reden?

Ein Gespräch mit Professor Wolfhart Pannenberg

Theologisches Nachdenken und kirchliches Handeln verlieren ihre Basis, wenn sie sich nicht immer wieder auf die entscheidende, wenn auch oft in den Hintergrund gedrängte Frage nach Gott besinnen. Wie kann ein Zugang zur Wirklichkeit Gottes unter den gegenwärtigen Bedingungen aussehen? Wie läßt sich Gott als Person denken? Welche Bedeutung kommt dem christlichen Reden vom trinitarischen Gott zu? Diese Probleme standen im Mittelpunkt eines Gesprächs, das wir mit Professor Wolfhart Pannenberg führten. Wolfhart Pannenberg, einer der profiliertesten deutschen evangelischen Theologen der Gegenwart, lehrt am Evangelisch-Theologischen Fachbereich der Universität München Systematische Theologie. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Pannenberg, es ist noch nicht so lange her, daß man überall hören konnte, die Gottesfrage stehe im Zentrum der Theologie: es tauchten Stichworte wie „Tod Gottes“ oder „Abwesenheit Gottes“ auf; man stellte die Frage, wer denn Gott eigentlich sei. Davon ist zumindest vordergründig gegenwärtig nicht mehr sehr viel zu spüren. Woran liegt das eigentlich?

Pannenberg: Es ist richtig, daß das Thema Gott in den sechziger Jahren im Zusammenhang mit dem Stichwort „Tod Gottes“ eine weit in die Öffentlichkeit hineinstrahlende Aktualität besaß, allerdings mehr in einem destruktiven Sinne als in dem Sinne, daß dabei neue konstruktive

Ansätze zur Gotteslehre und zur Gottesfrage überhaupt sichtbar geworden wären. In den Medien schlugen sich ja eher oberflächlich sensationell wirkende Parolen und Stichworte nieder als die tieferen Problemstellungen und Fortschritte, die auf theologischer Ebene gemacht werden. Man kann auch wohl nur mit Vorbehalt sagen, daß jene Diskussion und besonders das Stichwort „Tod Gottes“ etwas mit einer Würdigung der zentralen Bedeutung des Gottesgedankens für die Theologie zu tun gehabt hätten. Es gab ja damals Titel wie „Theologie nach dem Tode Gottes“ von Dorothee Sölle und ähnliche Publikationen. Daß die Paradoxie, eine Theologie könne auch noch nach dem Tode Gottes, also doch wohl ohne Gott, möglich sein, in der Theologie nicht lange überleben konnte, weist ja schon darauf hin, daß die Theologie mit dem Thema Gott so verbunden ist, daß sie nicht darauf verzichten kann.

HK: Waren diese kurzlebigen Strömungen nicht Ausdruck einer tiefgreifenden und weitverbreiteten Verlegenheit im Umgang mit dem Gottesgedanken sowohl in der Theologie wie auch in der Verkündigung, die wir auch zehn oder fünfzehn Jahre später noch nicht einfach überwunden haben? Ist man nicht zu rasch wieder zur Tagesordnung übergegangen, ohne die entsprechenden Anfragen auch wirklich aufzunehmen?

Pannenberg: Das trifft sicherlich zu. Auf der einen Seite drängte die Konsequenz der Entmythologisierungsde-